Abend-Ausgabe. **Nr. 522.**

Berlin, Montag, den 7. November **1892.**

Dies Blatt erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. — Vierteljährlicher Abonnements-Preis: Für Berlin: 7 Mark 50 Pfennig, mit Botenlohn 8 Mark 50 Pfennig. — Für das deutsche Reich und für ganz Oesterreich: 9 Mark. — Die einzelne № wird mit 10 Pfennig berechnet.

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland

Nr. 522. Abend-Ausgabe.

Berlin, Montag, den 7. November **1892.**

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: W. Königgrätzer-Straße № 15. und die bekannten Spediteure.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechsgespaltenen Petitzeile 40 Pfennig.

Telegraphische Korrespondenzen.

(Siehe auch dritte Seite.)

Sigmaringen, 6. November. (W. T. B.) Der Thronfolger von Rumänien, Prinz Ferdinand von Rumänien, und der Erbprinz von Hohenzollern sind nach Koburg abgereist. Der Erbprinz von Hohenzollern begiebt sich von Koburg nach Potsdam.

Nürnberg, 6. November. (W. T. B.) Der Verein zur Hebung der Fluß- und Kanalschifffahrt und Flößerei in Baiern hat sich heute hier in Anwesenheit zahlreicher Vertreter der Staatsbehörden konstituirt. Zum Sitz des Vereins wurde Nürnberg erwählt. Der Prinz-Regent Luitpold, die Prinzen Ludwig und Alphons von Baiern haben zur Gründung des Vereins ihre Zustimmung erklärt.

Leipzig, 6. November. (W. T. B.) Der Geheime Hofrath und Direktor des königlichen historischen Seminars der hiesigen Universität, Professor Wilhelm Maurenbrecher, ist heute an Herzschlag gestorben.

Wien, 6. November. (W. T. B.) Der ungarische Minister-Präsident Graf Szapary ist heute hier eingetroffen und vom Kaiser in längerer Audienz empfangen worden.

Prag, 6. November. (W. T. B.) Etwa 800 junge Leute zogen heute nach dem Weißen Berge, um eine Demonstration zu veranstalten. Die von der Behörde getroffenen Vorkehrungen verhinderten, daß es hierbei zu Ausschreitungen kam.

Paris, 6. November. (W. T. B.) Nach einer Meldung aus Lissabon reisen der König und die Königin von Portugal am nächsten Mittwoch nach Madrid ab.

Paris, 6. November. (W. T. B.) Die indirekten Staatseinnahmen betrugen im Oktober 5 700 000 Frcs. weniger als veranschlagt war, und 12 600 000 Frcs. weniger als im Oktober 1891; die Zolleinnahmen blieben hinter dem Budgetvoranschlag um 3 260 000 Frcs zurück.

Paris, 7. November. (D. B. H.) Die Untersuchung in der Panama-Angelegenheit ist abgeschlossen und die Anklage niedergeschlagen worden. Der Justizminister wird den Kammern Anfangs dieser Woche Bericht erstatten.

Marseille, 7. November. (D. B. H.) Der „Soleil" veröffentlicht den Brief eines Deutschen aus Weidah (Dahomeh), in welchem gegen die Behauptung protestirt wird, daß die Deutschen dem König Behanzin Waffen geliefert hätten; vielmehr seien wiederholte Anträge und Geschenke Behanzins, der sich deutschen Schutz erbat, abgelehnt und niemals nach Berlin übermittelt worden. Die Deutschen an der Küste von Dahomeh unterhielten stets die besten Beziehungen zu dem französischen Gouverneur, den Missionaren und Handels-Agenten; Waffen seien den Dahomehern ausschließlich von Portugiesen und Engländern geliefert worden.

London, 7. November. (W. T. B.) Die hiesigen Bau-Arbeiter, deren Zahl etwa 100 000 beträgt, beginnen heute mit dem achtstündigen Arbeitstage.

London, 7. November. (D. B. H.) Der Ausstand der Baumwollarbeiter in Lancashire ist im Wachsen begriffen. Heute sind 75 000 ausständig.

Rom, 6. November, Abends 9 Uhr. (W. T. B.) Das Resultat der Wahlen ist bis jetzt nur sehr unvollständig bekannt. Es scheinen überwiegend die ministeriellen Kandidaten gewählt. Von den Ministern sind Pelloux und Bonacci gewählt. In Mailand siegte der frühere Minister Colombo; Barzilai ist in Rom gewählt.

Rom, 7. November. (W. T. B.) Kammerwahlen. Bisher sind 184 ministerielle und 71 oppositionelle Deputirte gewählt. In 17 Wahlbezirken sind Stichwahlen erforderlich, wo voraussichtlich ministerielle Kandidaten gewählt werden. Von Ministern sind ferner gewählt: Giolitti, Brin, Finocchiaro Aprile und Genala. Gesiegt haben außerdem in ihren Wahlbezirken Crispi, Zanardelli und Rudini. Unterlegen sind: Cavallotti in Corteolona, Canzio, der Schwiegersohn Garibaldis, in Ferrara und Santini in Osimo.

Madrid, 7. November. (D. B. H.) Die Manifestationen gegen Canovas bei der Abreise der Königlichen Familie sind ernster gewesen, als zuerst gemeldet wurde. Tausende von Personen nahmen an den Demonstrationen theil, die sich auf dem Wege vom Königlichen Palaste bis zum Bahnhofe fortwährend wiederholten.

Kopenhagen, 6. November, Abends. (D. B. H.) In einer in Frederiksberg abgehaltenen Arbeiter- und Wähler-Versammlung der Konservativen hielt Kriegsminister Bahnson einen Vortrag über die politische Situation und die dem Reichstage vorgelegten militärischen Gesetzentwürfe. Der Minister sprach die Hoffnung aus, daß die verhandelnde Linke nach und nach von ihrem bisherigen Standpunkte bezüglich der Befestigung von Kopenhagen abkommen und einsehen werde, daß diese eine nothwendige Bedingung für eine wirkliche nationale Vertheidigung war.

Kopenhagen, 6. November. (D. B. H.) Der wegen Unterschlagung verurtheilte nordamerikanische Konsul Ryder ist der „National-Tidende" zufolge unter der Bedingung begnadigt worden, daß er für immer das Land verläßt. Die von ihm gestellte Kaution von 20 000 Kronen wird ihm deshalb zurückgegeben.

Stockholm, 6. November, Abends. (D. B. H.) Aufsehen erregt hier ein Vortrag über die Armee-Vorlage, den Dr. Knut Wicksell im großen Saale des Arbeitervereins gehalten hat. Er bezeichnete es für unmöglich, daß Schweden, vielleicht das ärmste und verschuldetste Land in Europa, eine Armee von 200 000 Mann auf Kriegsfuß unterhalten könne. Die kleinen Staaten an der Peripherie Europas würden nach und nach genöthigt sein, den großen Staaten sich anzuschließen. Schweden müsse sich freiwillig Rußland (!) anschließen, dessen sympathisches und begabtes Volk hier ganz falsch beurtheilt werde. Geschehe es freiwillig, dann werde Schwedens Nationalität gesichert sein und es werde eine große Mission in dem russischen Zukunftsstaate haben.

Petersburg, 6. November. (W. T. B.) Hier verlautet, die zur Berathung einer Zollkonvention mit Deutschland eingesetzte Kommission habe in den letzten Tagen eine Sitzung abgehalten. In der nächsten Sitzung soll, wie es heißt, die Antwort Rußlands festgestellt werden.

Die auswärtige Politik der Woche.

Wenn wir in unserer letzten Wochenübersicht von der „Schonzeit" sprachen, welche dem Ministerium Gladstone bis zum Zusammentritt des Parlamentes im Januar zu gute komme, so schloß das nicht aus, daß die Vorbereitungen zum bevorstehenden Kampf getroffen werden würden. In beiden Lagern herrscht volle Thätigkeit, und schon jetzt läßt sich vorhersehen, daß der Kampf mit einer Erbitterung geführt werden wird, wie seit Menschengedenken nicht, und daß von dem Ausgang desselben auch die zukünftige Stellung Englands in der großen Politik in Abhängigkeit treten muß. Wenn Gladstone mit seinen 38 Stimmen Majorität Home Rule für Irland zu erzwingen entschlossen ist, und in der Einsicht, daß er auf einen unerschütterlichen Widerstand im Hause der Lords stoßen wird, offenbar sehr ernst gemeinte Drohungen andeutet, seine Anhänger aber unverhohlen drohen, so zeigt sich damit für England eine Perspektive innerer Kämpfe von so großer Tragweite, daß durch dieselben auch die Bedeutung Englands in allen Fragen auswärtiger Politik auf das empfindlichste beeinträchtigt werden muß, und zwar zu einem Zeitpunkt sehr bedenklicher allgemeiner Krisis. Einer Krisis, die, wo immer sie zum Ausbruch kommen mag, jedenfalls vitale Interessen Englands in Mitleidenschaft zieht.

In der „National Review" vom November hat Lord Salisbury, ohne jene äußere Seite zu berühren, mit Ernst und Nachdruck in einem „Revision der Verfassung" (Constitutional Revision) überschriebenen Artikel versucht, die Absichten Gladstones aufzudecken und ihre wahrscheinlichen Folgen zu enthüllen.

Er argumentirt dabei mit Aussprüchen Gladstones, wie er sie in Newcastle, im Parlament, in Chester gethan hat; sie alle gipfeln in dem Satz, daß eine Ablehnung des Home Rule durch das Haus der Lords nicht zu einer Auflösung des Parlaments, wohl aber zu einer großen Gefahr für das Haus der Lords selbst führen könne. Aehnlich alarmirend hätten der Attorney-General und Mr. M'Carthy geredet, wirklich greifbare Andeutungen aber verdanke man Mr. Frederic Harrison. In der „Fortnightley Review", September 1892, habe er wörtlich gesagt: „Wenn die Peers zu ihrem eigenen Verderben sich weigern, die Bill passiren zu lassen, so wäre das einfachste, wenn das Oberhaus thatsächlich verschwände, wie vor Jahrhunderten die Convocation of the Church verschwand. Im alten Rom hatte der einfache Beschluß, daß Dekrete des Plebs die ganze Nation binden sollten die weittragendsten Folgen. Die formelle Zustimmung des Hauses der Lords könnte durch einige ruhige Officiale gegeben werden, gerade wie die Geschäfte des Privy Council noch jetzt in feierlichen alten Formen besorgt werden." Lord Salisbury meint, dieser Vorschlag sei zwar interessant, aber nicht originell. Er erinnere an das Vorgehen der Gemeinen Anno 1649, nur habe man damals, um dieses Resultat zu erreichen, eine Exekutive mit einer Armee zur Verfügung gehabt, und die werde Mr. Gladstone für seine Zwecke schwerlich finden, damals aber habe das Unterhaus seine einsame Größe nur kurze Zeit genossen. Noch origineller sei aber ein zweiter Vorschlag:

„Wir sind jetzt an einen Wendepunkt in unserer konstitutionellen Geschichte gelangt, und das Haus der Lords wird genau thun müssen, was die Krone gethan hat — in der Praxis das Veto aufgeben — oder dulden müssen, was die Krone erfuhr und einer Revolution gewärtig sein. (Salisbury bemerkt dagegen sehr treffend, daß solch ein Kampf um das Veto in England nie stattgefunden hat; auf eine Handvoll falscher Thatsachen kommt es aber bekanntlich in Prinzipienfragen bei den Männern der Doktrin nicht an!) Das Ministerium, welches am Ruder ist, hat ein technisches Recht, die Krone zur Ernennung von Peers zu veranlassen und kann mit Zustimmung der Krone 500 Schornsteinfeger zu Peers erheben. Stimmt aber die Krone nicht zu, so hat das Unterhaus das technische Recht, alle Willigungen zu versagen und die Maschinerie der Regierung zum Stehen zu bringen!"

Salisbury entgegnet, daß wenn selbst die 500 Schornsteinfeger zu Peers ernannt werden, das Haus der Lords trotz allem, laut Präcedenz von 1711, oder gar von 1856, den Angriff abwehren könne, da es berechtigt sei, einem neuen Peer die Genehmigung zur Einnahme seines Sitzes im Oberhause zu versagen. Der wesentliche Schluß, zu dem er gelangt, ist aber, daß allen derartigen Maßregeln durch Gegenmaßregeln die Spitze abgebrochen werden könne, sobald sie nicht den wirklichen Ausdruck der Gefühle der englischen Nation zur Stütze hätten. Auf die Verfassungsänderung hin, welche eine Homerule-Bill involvire, habe Gladstone seine kleine Majorität nicht erhalten. Tausend verschiedene Gründe hätten mitgespielt: in Wales kirchlicher Aerger, in Leicester der Impfzwang, in den schottischen Hochlanden und in Norfolk allerlei Agrarpläne, in den Bergwerksdistrikten der achtstündige Arbeitstag und so fort. Selbst in allen demokratisch regierten Staaten, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Belgien, Holland, Norwegen, auch in der Schweiz und in Griechenland sei eine Verfassungsrevision nur mit ⅔ bez. ¾ der Stimmen zu machen, eventuell ein neues Parlament zu berufen. Bei all diesen Völkern komme die Anschauung zum Ausdruck, daß eine Aenderung der Verfassung eine der bedeutsamsten Entscheidungen sei, welche ein Volk treffen könne, (avis au lecteur!) überall verlange man eine klar gestellte Frage, um zu einer klaren Antwort zu gelangen — soll, so müsse es heißen, die vorgeschlagene Verfassungsänderung vorgenommen werden oder nicht? so daß ein Zweifel über die einzelne abgegebene Stimme nicht bestehen könne.

„Wie steht es nun — fährt Salisbury fort — mit uns? Man verlangt von uns, daß wir eine der bedeutsamsten Entscheidungen treffen, die an ein Volk herantreten kann. Wir sollen unser Land in zwei Theile zerschneiden; und in dem geringeren Theil, sollen wir eine Minorität unseres Blutes und Glaubens der Macht ihrer alten Feinde überantworten, trotz des Protestes, den sie gegen die unwürdige und verderbliche Herrschaft erheben, der wir sie ausliefern." Es seien Leute, welche auf die Bitte Englands in vergangenen Zeiten den gefährlichen Posten übernommen hätten. Habe man die Zustimmung der Nation zu dieser Preisgebung von Volksgenossen erbeten? Wolle man wirklich einen Schritt thun, der bei keiner civilisirten Nation seines gleichen finde, ohne vorher dem Volke die einfache Frage gestellt zu haben — wollt ihr das wirklich thun? Hieran schließt sich eine Kritik der Gladstone zugefallenen Stimmen und das Ganze gipfelt in der peremptorischen Forderung, daß die Verfassungs-Revision, wie Gladstone sie beabsichtige, einem neugewählten Parlamente vorgelegt werde.

Wir können nur wünschen, daß der edle Lord mit seiner warnenden Stimme durchdringt. Der Beifall, den Gladstones Vorgehen bei Englands Feinden und ganz besonders bei seinem russischen Konkurrenten findet, sollte die Engländer doch stutzig machen und sie veranlassen, einer Zufallsmajorität die Entscheidung über eine der Lebensfragen der Nation aus den Händen zu nehmen.

Gerade jetzt weisen zahlreiche Anzeichen darauf hin, daß russischerseits, immer im Hinblick auf ein bald gelähmtes England, in der orientalischen Frage ein schärferes Tempo eingeschlagen wird. Die drei Dauerschrauben, Armenien, Kriegsschuld und Dardanellen werden wieder in Bewegung gesetzt, und, wenn wir die armenischen Nörgeleien heute unberücksichtigt lassen, weil es mit ihnen am wenigsten ernst gemeint ist, so verdienen die beiden anderen Punkte, doch einmal genauer beleuchtet zu werden. Die Kriegsschuld der Türkei an Rußland wurde durch das Abkommen vom 14./2. Mai 1882 auf 802 500 000 Frcs. oder 650 Millionen Mark fixirt und zwar sollte diese Summe in Jahreszahlungen von 350 000 türkischen Pfunden (etwa 6½ Millionen Mark) abgetragen werden, ohne daß dabei die Zinsen in Anrechnung kommen. Ein einfaches Exempel ergiebt, daß bei präziser Einhaltung ihrer Termine die Türkei von 1882 ab gerechnet in 103 Jahren ihrer Verpflichtungen gegen Rußland ledig sein wird. Gewiß ein großartiges Zeugniß russischer Langmuth, wenn nicht die damit verbundene Absicht gar zu durchsichtig wäre. Jeder Russe würde es geradezu für eine Beleidigung halten, wenn man ihm sagen wollte, daß die Türkei, wie es Voraussetzung des Abkommens vom Jahre 1882 ist, noch hundert Jahre als selbständiger Staat existiren soll. Es ist daher viel näher liegend, anzunehmen, daß Rußland der Türkei die Möglichkeit nehmen wollte, ihrer Verpflichtungen ledig zu werden — eine kurz befristete, unter starkem Zwang geforderte Kriegskontribution hätte die Türkei schließlich doch aufgebracht — um immer die Möglichkeit zu haben, wie an einem Haarseil zu zerren und dadurch Zugeständnisse auf anderem Boden von der Türkei zu erlangen. Besonders schmerzhaft ist dieses Zerren natürlich dann, wenn die Türkei gerade im Begriff ist, eine Anleihe aufzunehmen — wie etwa jetzt — zumal wenn noch alte Rückstände vorliegen, was gewiß der Fall ist, deren Höhe wir aber nicht angeben können. Diese Rückstände sind daher ein vortreffliches Mittel, auch in der Dardanellenfrage Gefälligkeiten zu ertrotzen. Nun verlautet aus englischer Quelle, die aber nach unseren Erfahrungen in orientalischen Dingen keineswegs absolut zuverlässig sein dürften, daß Rußland sich nicht mehr mit der alten Forderung begnügen will, Kauffahrern, auch wenn sie Militär und Munition tragen, freie Durchfahrt zu schaffen, sondern seine Forderungen dahin formulire, daß die Dardanellen auch Kriegsschiffen offen stehen sollen, die aus einem Hafen des eigenen Landes in den anderen fahren. Es fällt sofort in die Augen, daß nur Rußland, wenn es aus dem Schwarzen Meer zur Ostsee oder umgekehrt fahren will, in der Lage wäre, von einem solchen Privileg Gebrauch zu machen, während England und Italien nebst allen übrigen Mächten den Zugang zum Schwarzen Meer verschlossen finden würden. Die Engländer behaupten, daß Frankreich diese unerhörte Forderung Rußlands unterstütze — ja welche russische Forderung unterstützt Frankreich nicht? in dieser Hinsicht ist nichts mehr unmöglich —, wir möchten aber trotzdem jene Nachricht skeptisch ansehen, schon weil die Provokation nach der englischen Seite eine so starke wäre, daß selbst ein Gladstone schwer in der Lage wäre, dabei die Hände in den Schooß zu legen.

Die von Brialmont vorgeschlagene Befestigung Konstantinopels durch Panzerthürme an der Landseite dürfte ebenfalls an der russischen Kriegskosten-Forderung scheitern, vielleicht auch aus anderen Gründen, auf welche hier nicht eingegangen werden soll. Ergötzlich ist es aber, daß General Brialmont sich von dem Korrespondenten der „Nowosti" hat interviewen lassen. Brialmont soll dann im Verlauf des Gesprächs gesagt haben, man thue unrecht, ihm Feindseligkeiten gegen Rußland zuzuschreiben, er stehe jedem zu Dienst, der ihn um Rath frage, und wenn man ihn nach Petersburg bitten sollte, werde er keinen Augenblick zögern, dem Rufe Folge zu leisten.

Die „Nowoje Wremja", der wir diese Notiz entnehmen, bemerkt dazu: Wir meinen, daß es weit vortheilhafter ist, die von Herrn Brialmont errichteten Festungswerke niederzulegen, als ihn zu uns zu bitten. Man sieht, die Herren in Petersburg sind nicht blöde, ihre guten Absichten aber scheinen sich darnach direkt an die rumänische Adresse zu wenden. In diesen rumänischen Dingen ist dem „Standard" das Mißgeschick widerfahren, von Verhandlungen zu berichten, die angeblich von dem Kronprinzen von Rumänien mit dem Vatikan wegen der Konfession künftiger Thronerben geführt werden. Die Frage ist erledigt, sobald man sich erinnert, daß die rumänische Verfassung die Erziehung der Kinder des Herrschers im griechisch-orthodoxen Glauben verlangt.

In der bulgarischen Schulfrage ist jetzt der Beschluß gefaßt worden, die Einführung des Bulgarischen als Schulsprache in den Schulen mit überwiegend griechischen Kindern noch einige Zeit aufzuschieben. Eine Einwirkung Griechenlands auf diese Angelegenheit erscheint aber völlig ausgeschlossen, da Griechenland bekanntlich nicht zu den Garanten des Berliner Vertrages gehört und auf dem Kongreß so zu sagen nur antichambrirte.

Werfen wir noch einen Blick auf Frankreich, so sind die Dinge dort nach wie vor in der Schwebe! Carmaux scheint nur erledigt und wird in der Kammer ein derartiges Nachspiel finden; der Schweizer Handelsvertrag ist Kampfobjekt geblieben; von Oberst Dodds kommen zwar günstige Nachrichten, aber noch keinerlei wirkliche Entscheidungen konnten gemeldet werden, und in Tonking gährt es nicht nur unter den Indigenen, auch die Franzosen selbst sind an einander gerathen. Endlich weisen untrügliche Anzeichen auf starkes Zunehmen der radikalen Strömungen im Staate hin. Auch in Spanien gährt es. Die, wie wir schon einmal hervorhoben, auf französische Mache zurückgehende republikanische und antidynastische Agitation wagt sich immer kühner hervor. Dem königlichen Knaben, der glücklich wieder genesen ist, steht keinesfalls eine leichte Zukunft bevor. Hier scheint uns, wäre ein Punkt, wo Papst Leo XIII., der so eifrig an Festigung der Republik in Frankreich arbeitet, Gelegenheit hätte, zu zeigen, daß die Kirche ihre Fittige auch schützend über einen legitimen Herrscher breiten kann, der, durch sein Alter schutzlos, einer moralischen Unterstützung wohl zu bedürftig scheint. Aber statt dessen ist der Großfürst Sergei von Rußland [illegible] worden und schon durch diese Thatsache die Autorität des schismatischen Zaren in den Augen der bedrängten russischen Katholiken verstärkt worden. Was man wohl in Rom zu den 3000 Ruthenen sagen mag, die in diesen Tagen zur russisch-griechischen Kirche übergetreten sind!

Hof- und Personal-Nachrichten.

○ **Berlin,** 7. November. Die Verabschiedung, die sich gestern Abend 5½ Uhr auf dem Anhalter Bahnhofe zwischen dem Grafen und der Gräfin Szechényi und einem Theile der Hofgesellschaft vollzog, war ein vollgültiger Beweis für die Beliebtheit, deren sich das scheidende Botschafterpaar in Berlin zu erfreuen gehabt hat. Es mochten wohl an hundert Personen, unter ihnen viele Damen, sein, die den nach Dresden bestimmten Salonwagen umstanden. In erster Reihe bemerkte man Se. H. den Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein. Vor der weitgeöffneten Thür nahmen der Graf und die Gräfin die Abschiedsgrüße der Herantretenden entgegen. Das diplomatische Korps war, soweit es in Berlin anwesend ist, wohl vollzählig erschienen; an der Spitze die Botschafter Englands und Rußlands, Sir Edward Malet und Graf Schuwaloff, dann zahlreiche Vertreter fremder Mächte und ein ganzes Heer von Sekretären und Attachés. Von deutschen Diplomaten waren unter anderen der baierische und sächsische Gesandte, die Grafen Lerchenfeld und Hohenthal anwesend. Das Auswärtige Amt war durch den Staatssekretär Frhrn. v. Marschall und den Unterstaatssekretär Frhrn. v. Rotenhan vertreten. Um auch aus der Hofgesellschaft einige Namen anzuführen, seien der Graf und die Gräfin Fritz Perponcher, der General der Kavallerie v. Rauch mit seinen Damen, der dienstthuende Kammerherr Ihrer Majestät der Kaiserin v. d. Knesebeck, der Zeremonienmeister v. Kotze, der Graf Siersdorpf vom 2. Garde-Dragoner-Regiment genannt. Zuletzt erschien noch im Auftrage Sr. Maj. des Kaisers und Königs der Flügeladjutant Major Frhr. v. Seckendorff und überbrachte einen prächtigen Blumenkorb als den letzten Gruß des Kaiserlichen Herrn. Wenige Minuten vor der Abfahrt wollte Graf Szechényi sich noch von jedem einzelnen verabschieden, aber er sah wohl die Unmöglichkeit ein und stieg alsdann in den Salonwagen, in welchem sich die Frau Gräfin bereits befand. Mit wenigen Bevorzugten konnten sie noch Worte tauschen, und als der Zug sich in Bewegung setzte, da lüfteten alle den Hut und riefen: „Adieu, Excellenz, adieu!" — Graf und Gräfin Szechényi sind gestern bloß bis Dresden gefahren, dachten dort zu übernachten und sich alsdann direkt nach Pest zu begeben.

Se. Maj. der Kaiser und König traf aus Piesdorf über Belleben-Magdeburg am Sonntag Nachmittag kurz vor 2 Uhr auf der Station Wildpark ein. Bald nach der Ankunft im Neuen Palais fand daselbst bei den Kaiserlichen Majestäten die Frühstückstafel statt.

— Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin sahen gestern Nachmittag im Neuen Palais den Major im 2. Garde-Regiment z. F. Grafen Schlippenbach, sowie Mr. Biren u. a. als Gäste bei sich zur Frühstückstafel. Nach derselben verblieb der Kaiser während der nächsten Stunden in seinem Arbeitszimmer und erledigte Regierungs-Angelegenheiten.

— Heute Vormittag 8 Uhr ist Se. Maj. der Kaiser und König, begleitet von Ihrer Maj. der Kaiserin und Königin, welche von Kiel aus auf Schloß Grünholz ihrer erlauchten Schwester einen Besuch abzustatten gedenkt, von der Station Wildpark aus über Berlin und dann vom Stettiner Bahnhofe aus um 9 Uhr mittels Sonderzuges nach Stettin abgereist, wo die Ankunft Vormittags um 11 Uhr erfolgte. Von Stettin aus wurde sogleich mittels Dampfers die Fahrt nach der Werft des „Vulkan" fortgesetzt. Nach der Rückkehr nach Stettin erfolgte Nachmittags 2 Uhr mittels des Kaiserlichen Sonderzuges die Weiterreise über Strasburg (Uckermark), Lübeck und Oldesloe nach Kiel, wo der Kaiser (wie schon gemeldet) morgen Vormittag der Rekruten-Vereidigung beizuwohnen gedenkt. Dem Vernehmen nach dürften die Kaiserlichen Majestäten am Mittwoch im Laufe des Nachmittags im Neuen Palais zurückzuerwarten sein.

— Ihre Maj. die Kaiserin und Königin hat am Sonnabend Nachmittag nach dem feierlichen Empfange des neuernannten italienischen Botschafters Generals Grafen v. Lanza eine etwa einstündige Spazierfahrt in die Umgegend vom Neuen Palais unternommen und am Abend den Besuch ihres erlauchten Bruders Sr. Hoh. des Herzogs Ernst Günther zu Schleswig-Holstein empfangen, der auch einer Einladung der Kaiserin zur Abendtafel entsprach. Am Sonntag Vormittag begab sich Ihre Majestät mit ihrer nächsten Umgebung zu Wagen nach Potsdam und wohnte dem Gottesdienste in der Friedenskirche bei.

— Die Frau Prinzessin Friedrich Karl von Hohenlohe-Oehringen ist aus Slawentzitz heute früh hier eingetroffen und im Hotel Kontinental abgestiegen.

— Se. K. H. der Prinz Georg weilt zur Zeit auf seiner Rückreise nach Berlin in Frankfurt a. M., von wo er in den nächsten Tagen hier einzutreffen gedenkt.

— Se. K. H. der Erbgroßherzog von Oldenburg, welcher sich kürzlich von hier nach Oldenburg begeben hatte, trifft in den nächsten Tagen zur Feier des Geburtsfestes Sr. K. H. des Prinzen Friedrich Leopold wieder in Potsdam ein.

— J. K. H. die Frau Erbgroßherzogin von Oldenburg kam am Sonnabend Nachmittag nebst Prinzessin-Tochter von Jagdschloß Glienicke nach Berlin, beehrte zunächst mehrere Geschäftslokale und stattete später ihrer erlauchten Mutter, J. K. H. der Frau Prinzessin Friedrich Karl in deren Palais am Leipziger Platz einen mehrstündigen Besuch ab. Abends nach 7 Uhr kehrte die Frau Erbgroßherzogin mit der Prinzessin-Tochter Sophie nach Jagdschloß Glienicke zurück.

— Se. H. der Prinz Johann zu Schleswig-Holstein-Glücksburg ist am Sonntag Vormittag von hier direkt nach Kopenhagen zurückgekehrt.

— Se. D. der Erbprinz zu Schaumburg-Lippe traf in Begleitung des Oberst-Lieutenants Franke, seines Flügel-Adjutanten, auf der Rückreise von Stuttgart in Berlin ein und nahm im British Hotel Wohnung.

— Der Herzog und die Herzogin von Ujest sind heute früh zu mehrtägigem Aufenthalte aus Schlesien hier eingetroffen.

— Der Statthalter Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst traf, begleitet von dem Geheimen Ober-Regierungs-Rath Dr. Hoseus und dem Adjutanten Hauptmann v. Dieringshofen, heute Vormittag aus Straßburg i. Els. hier ein und nahm im Hotel Kontinental Wohnung. — Ebenda sind auch aus Paris kommend der russische Staatsrath v. Toporow, und aus Petersburg kommend der russische Geh. Rath Jaques Outine abgestiegen.

— Der frühere Botschafter Frhr. v. Stumm wird aus Holzhausen morgen in Berlin eintreffen.

— Der italienische Botschafter am hiesigen Hofe, General Graf Lanza, begab sich am Sonnabend Nachmittag nach dem feierlichen Empfange bei Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin im Neuen Palais von dort in königlicher Equipage nach Potsdam, fuhr bei dem Erbprinzlichen Paare von Hohenzollern vor, und begab sich alsdann nach Jagdschloß Glienicke, wo er gleichfalls in feierlicher Audienz vom Prinzen und der Prinzessin Friedrich Leopold empfangen wurde. Von Glienicke kehrte der Botschafter zu Wagen nach Potsdam und hierauf mittels des fahrplanmäßigen Zuges nach Berlin zurück.

— Der General-Landschafts-Direktor v. Staudy ist aus Posen hier angekommen und im British Hotel abgestiegen.

— Der italienische erste Gesandtschafts-Sekretär, Marquis A. Dalinvalle de Pomare, ist aus Turin hier eingetroffen und im Hotel Kaiserhof abgestiegen.

— Der portugiesische Legations-Sekretär Michette de Velle ist hier wieder eingetroffen und hat nunmehr eine Privatwohnung im Hause Mathenstraße 10a bezogen.

— Mr. John Brinckerhoff Jackson, zweiter Sekretär der hiesigen Gesandtschaft der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika ist mit seiner Gattin wieder in Berlin eingetroffen.

— In Magdeburg wird morgen, Dienstag, den 8. November, wie verlautet, das neue Konsistorial-Gebäude eingeweiht werden. An der Feier wird auch der Präsident des Oberkirchenraths Wirkl. Geh. Rath Dr. Barkhausen theilnehmen. Das neue Dienstgebäude des Konsistoriums stößt an den einen Kreuzgang des Domes in Magdeburg an und macht nach allen bisherigen Schilderungen in seinem Innern und Aeußeren einen vorzüglichen Eindruck.

— Zu den Feierlichkeiten in Wittenberg am 31. Oktober hatte, wie nachträglich bekannt wird, als Vertreter des evangelischen Missionswerkes im allgemeinen der Pastor D. Warneck in Rothenschirmbach eine Einladung erhalten.

— Die Vertretung Deutschlands auf der Dienstag, 22. November, in Brüssel beginnenden internationalen Münzkonferenz wird gleich dem Vorgange anderer Staaten eine stärkere sein, als es bisher bei den gleichen Versammlungen der letzten Jahre der Fall war. Neben dem schon früher genannten vortragenden Rath im Reichsschatzamt Geh. Regierungsrath v. Glasenapp wird von Berlin aus der Reichsbankdirektor Hartung nach Brüssel gehen. Sonstigem Brauche gemäß wird die eigentliche Führung der Geschäfte dort der Kaiserliche Gesandte Graf v. Alvensleben übernehmen, so daß Deutschland mit drei Bevollmächtigten erscheint.

Aus dem Armee-Verordnungsblatt.

(Anderweite Benennung.) Ich bestimme, daß das 3. Garde-Grenadier-Regiment Königin Elisabeth fortan „Königin Elisabeth Garde-Grenadier-Regiment Nr. 3" benannt wird. Das Kriegsministerium hat diese Meine Ordre zur Kenntniß der Armee zu bringen. Berlin, den 18. Oktober 1892. Wilhelm. An das Kriegsministerium.

(Zur Disziplinarstrafordnung) 1872. Auf den Mir gehaltenen Vortrag bestimme Ich, daß die Disziplinarstrafbefugniß der in der Ordre vom 7. April 1881 bezeichneten Vorgesetzten über die als Militär-Telegraphisten oder zu den Uebungen im Telegraphendienst zu den Festungs-Telegraphen-Systemen bez. der Militär-Telegraphie in Berlin kommandirten Militärpersonen fortan auf alle während dieses Kommandos begangenen, disziplinarisch zu ahndenden Vergehen sich zu erstrecken hat. Das Kriegsministerium hat hiernach das weitere zu veranlassen. Potsdam, den 20. Oktober 1892. — **Wilhelm.** — v. Kaltenborn. An das Kriegsministerium.

(Ambos-Unterlagen.) Nach den bei der hiesigen Lehrschmiede gemachten Erfahrungen haben sich die hohleisernen (ausgemauerten) Ambos-Unterlagen in jeder Beziehung einschließlich ihrer Haltbarkeit vollkommen bewährt. Sie bieten den volleisernen gegenüber den Vortheil der Dämpfung, bez. Brechung des Schalls und der Erschütterung, sowie den der Versetzbarkeit. Mit Rücksicht hierauf und auf ihren billigeren Preis sind daher in Zukunft für die Beschlagschmieden der Truppen bei eintretendem Bedarf ausschließlich hohleiserne Ambos-Unterlagen zu beschaffen.

(Truppen-Uebungsplatz Senne.) Der Truppen-Uebungsplatz Senne gehört zu den Garnisonanstalten von „Neuhaus".

(Zivilversorgungs-Scheine.) Für Entscheidung der Frage, ob einem zu einer militärisch organisirten Gendarmerie oder Schutzmannschaft u. s. w. übergetretenen Unteroffizier der Zivilversorgungs-Schein für 12- oder 15jährige Gesammtdienstzeit (nach Muster B oder Muster C zu § 1 der Anstellungsgrundsätze) zu gewähren ist, kommt es lediglich darauf an, ob der betreffende Anwärter nach oder vor Beendigung einer 9jährigen aktiven Dienstzeit zur Probedienstleistung kommandirt worden ist. Für Unteroffiziere, welche vor Vollendung einer 9jährigen Dienstzeit zur Probedienstleistung kommandirt worden sind, ist später nur der Zivilversorgungsschein nach Anlage C zuständig. Die Unteroffiziere sind bei Stellung von Anträgen auf Ueberweisung zur Gendarmerie u. s. w. hierauf aufmerksam zu machen.